



ARBEITSKAMPF

# Situation spitzt sich zu

**Zum ersten Mal seit 1992 sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Streik getreten. Mit dem Arbeitskampf soll das Diktat der Arbeitgeber gebrochen werden, die längere Arbeitszeiten und die Kürzung der Einkommen fordern. Das wollen die Gewerkschaften durch Abschluss eines neuen Tarifvertrages verhindern.**

Die Arbeitgeber sollen zurück an den Verhandlungstisch. Darum geht es bei den Mitte Februar durchgeführten Streiks und Kundgebungen, die ver.di, GEW, IG BAU und GdP gemeinsam

verlängert werden. Das machen die Gewerkschaften nicht mit.

In Arbeitgeberkreisen wird wegen der hohen Personalkosten in den Länderhaushalten Druck gemacht, um die vereinbarte

Länder, den bereits für die Bundesebene und die Kommunen vereinbarten neuen Tarifvertrag (TVöD) mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Die Situation eskaliert, weil inzwischen die kommunalen Arbeitgeber in Baden-Württemberg, Hamburg und Niedersachsen von dem gerade abgeschlossenen Kompromiss abrücken und ebenfalls eine längere Arbeitszeit für ihre Beschäftigten durchsetzen wollen. Mittelbar geht es in diesem

Streit auch um die Beamtinnen und Beamten.

Denn ihnen drohen mit der Verlagerung von Gesetzgebungskompetenzen auf die Länder ebenfalls Einkommenseinbußen, obwohl sie schon erhebliche Vorleistungen durch Streichungen beim Weihnachtsgeld, der Beihilfe und mit längerer Wochen-

und Lebensarbeitszeit bringen mussten. Deshalb haben die GdP und die Schwestergewerkschaften des DGB ihre Mitglieder im Beamtensbereich ebenfalls mobilisiert, um an den Kundgebungen teilzunehmen und die Streikenden zu unterstützen. Selbst streiken dürfen die Beamtinnen und Beamten allerdings nicht. Aber dieses Thema wird auf die Tagesordnung kommen, wenn die öffentlichen Arbeitgeber den Stellen- und Leistungsbau fortsetzen.

TW



Urabstimmung in Mainz. Auch bei der Polizei wird gestreikt.

organisiert haben. Bei der vorausgehenden Urabstimmung sprachen sich die weitaus meisten Gewerkschaftsmitglieder für den Arbeitskampf aus.

Die Situation hatte sich zugespitzt, weil die öffentlichen Arbeitgeber der Länder die Beschäftigten der Landesverwaltung und ihre Gewerkschaften hinhalten. Während für den Bund und die Kommunen der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) vereinbart ist, wollen die Ländervertreter durchsetzen, dass Einkommen abgesenkt und die Arbeitszeit

Arbeitszeit von derzeit 38,5 Stunden in der Woche auf bis zu 42 Stunden anzuheben. Das Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld sollen gekürzt bzw. gestrichen werden. Zusammen mit den Einkommensverlusten und ohne Lohnausgleich bei verlängerter Arbeitszeit würden die Beschäftigten damit Einkommensverluste von teils über 2700 EUR im Jahr hinnehmen müssen. Selbst eher als konservativ geltende Medienblätter stempeln dies als überzogene Zumutung ab.

Zudem weigern sich die öffentlichen Arbeitgeber der

## AKTUELL IN DIESER AUSGABE

### ARBEITSKAMPF

Seite 1

### PARTEIEN ZUR LANDTAGSWAHL

Seiten 2 und 3

### GdP VOR ORT

Seite 4

### NEUE EINGRUPPIERUNGEN

Seite 5

### AUS DEM HPRP

Seite 6

### AUS DEN KREISGRUPPEN

Seite 8

## GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>  
<http://www.psw-rp.de>  
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)  
[psw-rp@gdp-online.de](mailto:psw-rp@gdp-online.de)  
[psw-reisen-rp@gdp-online.de](mailto:psw-reisen-rp@gdp-online.de)

# Parteien im Check

**Schenkt man Meinungsumfragen Glauben, so bleibt die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz bis zur Schließung der Wahllokale spannend. Wir appellieren an alle Beschäftigten der Polizei: „Macht von eurem Wahlrecht Gebrauch und stärkt mit eurer Stimme bei der Landtagswahl am 26. März 2006 die Demokratie.“ Die wichtigsten Aussagen der im Landtag vertretenen Parteien zur öffentlichen Sicherheit und Entwicklung der Polizei werden wir in einer ausführlichen Dokumentation vor den Wahlen veröffentlichen. DEUTSCHE POLIZEI gibt im „Parteien-Check“ einen ersten Überblick.**

■ **Sicherheitslage**

**SPD:** Günstige Sicherheitslage RP im Bundesvergleich. Hohe Aufklärungsquote von 59,8% in 2004. Über 14 Jahre Zunahme um 100 000 Straftaten. Stimmige Sicherheitsarchitektur zur Bekämpfung der allgemeinen Kriminalitätsentwicklung und neuer Kriminalitätsformen. Innere Sicherheit bleibt Schwerpunkt.

**CDU:** Objektive Sicherheitslage RP ist von massiven Steigerungsraten besonders opferchutzrelevanter Straftaten geprägt. Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, ist erheblich gestiegen. Hohe Zahl von 1300 Ausländerextremisten ist nicht hinnehmbar.

**Grüne:** Polizei leistet gute Arbeit, RP keineswegs Hort der Unsicherheit. Für Mehrheit der Bürger/innen Kriminalität kein zentrales Problem. Verstärkte Bemühungen gegen besondere Formen von Kriminalität erforderlich.

**FDP:** RP unverändert ein sicheres Land. Gute Sicherheitsarbeit. Führende Position RP bei Aufklärungsquote. Ergebnisse um so höher zu bewerten, weil Zahl der erfassten Straftäter

wert. Personalsituation der Polizei absolut unzureichend. 380 Stellen sind unbesetzt, es gibt 800 eingeschränkt Dienstfähige, andere fehlen wegen Beurlaubung oder Teilzeitarbeit. Jährlich 354 Neueinstellungen notwendig. Freiwilliger Polizeidienst und Wachpolizei sind kein wirklicher Ersatz für Polizei.

**Grüne:** Derzeitige Stärke mit rund 9000 Polizistinnen und Polizisten soll gehalten werden. Aufstockung lässt sich aus Haus-



steigt. Novellierung POG ist wichtiger Beitrag zur Gewährleistung hohen Sicherheitsstandards.

■ **Personal**

**GdP-Kernaussage:** Es sind angesichts der Aufgabenentwicklung 10 000 ausgebildete Polizistinnen und Polizisten erforderlich.

**SPD:** Personalstand mit rund 9000 Polizistinnen und Polizisten zur Bewältigung der Aufgaben ausreichend. Umsetzung der im April 2003 vom Landtag beschlossenen Einstellungskonzeption mit 250 und später 350 Neueinstellungen pro Jahr. Nein zu Wachpolizei und Freiwilligem Polizeidienst.

**CDU:** 10 000 Polizistinnen und Polizisten in RP sind wünschens-

wert. Personalgründen nicht darstellen. Für Einstellung von Verwaltungskräften zur Entlastung der Polizistinnen und Polizisten offen. Striktes Nein zur Privatisierung von Polizeiaufgaben.

**FDP:** Zielgröße von 10 000 Stellen für Polizei RP ist nach wie vor zielführend. Verbunden mit moderner Ausrüstung und präventiver Kriminalitätsbekämpfung gelingt erfolgreiche Sicherheitsarbeit. Anpassung der Einstellungsquote auf Altersabgänge ist richtig. Originäre Polizeiaufgaben dürfen nicht auf Externe verlagert werden, aber Objektschutz, Einlasskontrollen usw. könnten auch andere erledigen.

■ **Pension und Arbeitszeit**

**GdP-Kernaussage:** Zurück zur Pensionsgrenze mit 60, zumindest Korrektur der Detailregelungen des § 208 LBG.

**SPD:** Anpassung der seit 1954 geltenden Pensionsgrenze war unumgänglich und angesichts verbesserter Arbeitsbedingungen auch vertretbar. Höheren Anforderungen an die physische und psychische Leistungsfähigkeit wurde durch Beibehaltung der Ruhestandsvertretung mit 60 für bestimmte Beamtengruppen Rechnung getragen. Ergebnis der von der Landesregierung für 2008 angekündigten Prüfung der Regelung bleibt abzuwarten.

**CDU:** Änderung des § 208 LBG war „größtes Foul“ der Landesregierung an der Polizei, misslungene Regelung des § 208 LBG soll aufgehoben werden. Wegen der kritisierten Personallücken bei der Polizei ist aber ein „einfaches Zurück zur alten Regelung schwer realisierbar“. Es soll eine flexible Neuregelung unter Berücksichtigung von Freiwilligkeit und Altersteilzeit und unter Wegfall von Ungerechtigkeiten wie die 25-Jahre-Grenze Schichtdienst erfolgen.


**Grüne:** Grundsätzlich ist allmähliche Anhebung der Lebensarbeitszeit für Polizistinnen und Polizisten notwendig. Für Schichtdienst Regelung jedoch nur bedingt anwendbar. § 208 LBG zu kurzfristig und nicht immer nachvollziehbar. Im Dialog mit Personalräten Änderungen erörtern und Abhilfe schaffen.

**FDP:** Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation waren schmerzliche Sparmaßnahmen auch bei der Polizei notwendig. Auswirkungen der Erhöhung der Pensionsgrenze werden 2008 evaluiert. Ergebnisse daraus werden ggf. umgesetzt.

■ **Tarifbeschäftigte**

**GdP-Kernaussage:** Zusätzliche Tarifbeschäftigte einstellen und bessere berufliche Perspektiven schaffen.

**SPD:** Angestellten-Sonderprogramme haben sich bewährt.



**Deutsche Polizei**

**Ausgabe:**  
Landesbezirk Rheinland-Pfalz

**Geschäftsstelle:**  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (0 61 31) 96 00 90  
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99  
Internet: <http://www.gdp-rp.de>  
E-Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

**Redaktion:**  
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)  
Polizeipräsidium Westpfalz  
67621 Kaiserslautern  
Telefon (06 31) 3 69 23 13  
Telefax (06 31) 3 69 23 14  
E-Mail: [jmoser@gdp-online.de](mailto:jmoser@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 90  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29  
vom 1. Januar 2005

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

LANDTAGSWAHL RHEINLAND-PFALZ

125 Angestellte von 2001 bis 2003 eingestellt. Bei Etatberatungen wird geprüft, ob weitere Stellen geschaffen und Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Aufgabenkritik läuft weiter.

**CDU:** Landesregierung kürzt Zahl der Tarifbeschäftigten, beschneidet Möglichkeiten des Personaleinsatzes von Angestellten und kürzt Gelder. Effizienzquote mit Stellenstreichungen soll bei Regierungswechsel gestoppt werden. Auf Basis einer Neubewertung und -berechnung soll Bedarf an Tarifpersonal erfasst und fehlendes Personal eingestellt werden.

**Grüne:** Befürwortung des verstärkten Einsatzes von Verwaltungskräften und deren Einstellung aus zusätzlichen Etatmitteln.

**FDP:** Entlastung der Beamtinnen und Beamten von polizeifremden Aufgaben wird unterstützt. 125 Tarifbeschäftigte wurden eingestellt.

**■ Laufbahn und Beförderungen**

GdP-Kernaussage: Zweigeteilte Laufbahn so schnell wie möglich abschließen und attraktive Angebote für den Aufstieg schaffen.

**SPD:** Anteil gehobener Dienst liegt bei 87,6%, der höhere Dienst bei 2,1%. Bisher 6754 Stellen vom mittleren in den gehobenen Dienst angehoben. Zweigeteilte Laufbahn soll so fortgeführt werden, dass im Etatplan 2009/2010 die stellenplanmäßige Umsetzung vollständig abgeschlossen ist. Beförderungsmöglichkeiten z. B. im Höheren Dienst sollen verbessert werden.

**CDU:** Festhalten an zweigeteilter Laufbahn, aber „Aufgaben definieren und finden, die nicht unbedingt von an Schusswaffen ausgebildeten Polizisten übernommen werden müssen. Gemeint sind Tätigkeiten, für die ein FH-Studium nicht erforderlich ist (z. B. Geschäftszimmer, Vorgangsverwaltung, Technischer Beamter, Systembetreuer, Verwaltungsdienst in Stabsbereichen)“. Das Aufstiegssystem soll angepasst werden.

**Grüne:** Für Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn binnen zehn Jahren. Für Beförderungszusagen muss eine ressortüber-

greifende Prüfung vorausgehen.

**FDP:** Zweigeteilte Laufbahn soll fortgeführt werden. Kein Änderungsbedarf bei ASA und Bewährungsaufstieg. Beförderung über Fachkarriere ist ziel führend.

**■ Besoldung und Tarifvertrag**

**SPD:** Bisherige Einschnitte sind vertretbar. Bei Umsetzung der Föderalismusreform soll eine Rechtszersplitterung vermieden werden. Neues Tarifrecht sollte eine starke Leistungsorientierung haben, transparent und flexibel sein. TVöD geht in die richtige Richtung.

**CDU:** Keine weiteren Einschnitte bei Weihnachts- bzw. Urlaubsgeld oder auch bei Beihilfe und Freier Heilfürsorge geplant. Zustimmung zur bundesweiten Harmonisierung der Beschäftigungs- und Besoldungsbedingungen für Tarifpersonal und Beamte sowie Einführung des TVöD. Keine Befürwortung der vorgesehenen Kompetenzübertragung für Besoldung, Versorgung und Laufbahn auf die Länder; zumindest weitgehende Wahrung der Einheitlichkeit in den Rechtsfragen.

**Grüne:** Arbeitszeit soll bei 40 Wochenstunden bleiben. Keine Änderung Urlaubs- und Weihnachtsgeld geplant. Ebenfalls nicht bei Beihilfe und Freier Heilfürsorge, aber für Einführung der Bürgerversicherung. Weiter ein Beförderungstermin pro Jahr; keine Zusagen hinsichtlich Budget oder Beförderungquoten. Für Einführung des TVöD auf Landesebene.

**FDP:** Gegen weitere finanziellen Einschnitte für die Beamten bei Besoldung, Versorgung und Beihilfe. Leistungsprinzip bei der Besoldung umsetzen. Unterstützung für Abschluss des TVöD mit der TdL; bei Scheitern der Verhandlungen Abschluss auf Landesebene.

**■ Ausbildung**

GdP-Kernaussagen: Garantie des polizeiinternen FH-Studiums als „Grundausbildung“ und Einführung des Bologna-Abschlusses.

**SPD:** FH-Studium als Grundausbildung der Polizistinnen und Polizisten bleibt. Die ASA wird vorläufig fortgeführt. Nach Studium oder ASA-Abschluss er-

folgt Ernennung nach A 9. Umwandlung FH Polizei in Bachelorausbildung ist bis 2010 vorgesehen. Umstellung der PFA auf Masterabschluss wird unterstützt.

**CDU:** Bisherige Ausbildungsstruktur und Einstieg in die Laufbahn des gehobenen Dienstes soll beibehalten werden. Ausbildungsinhalte und Ablauf des Studiums ständig prüfen. Umstellung auf Bachelor-Abschluss wird unterstützt.

**Grüne:** Bestehende Praxis für Ausbildung und Einstiegsbezahlung soll beibehalten werden. Ausweitung von Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung notwendig. Umstellung auf Bachelor-Abschluss wird unterstützt.



**FDP:** Bestehende Praxis für Ausbildung und Einstiegsbezahlung soll beibehalten werden. Weiterentwicklung des FH-Studiums Polizei zu Bachelor-Studiengang wird unterstützt.

**■ Organisation und Aufgaben**

GdP-Kernaussage: Die Polizei verfügt über gute Aufbau- und Ablauforganisation. Neue Organisationsdiskussionen wären eher belastend.

**SPD:** Organisationsstruktur hat sich bewährt. Effizienzsteigerung und Straffung der Abläufe wird als permanenter Auftrag verstanden. Ziele sind die noch effektivere Bekämpfung von Kriminalität und die Verbesserung der Polizeipräsenz.

**CDU:** Keine Absicht zur Organisationsveränderung. Aufgabenkritik als Daueraufgabe verstehen, aber keine Rückführung polizeilicher Aufgaben geplant. Kein akuter Mehrbedarf zu betriebswirtschaftlicher Steuerung bei der Polizei.

**Grüne:** Grundlegende Änderungen in der Organisationsstruktur nicht erforderlich. Im Einzelfall Verlegung oder Zusammenlegung von Inspektionen bzw. Wachen sinnvoll. Offen für weitere Kommunalisierung der lokalen

Verkehrsraumüberwachung. Keine Privatisierung von Polizeiaufgaben. Skepsis gegenüber weiterer Einführung betriebswirtschaftlicher Elemente bei der Polizei.

**FDP:** Organisationsstruktur hat sich bewährt. Aber Organisationsoptimierung als Daueraufgabe verstehen. Inspektionen und Wachen sollen erhalten bleiben, aber Einzelfallprüfung nach polizeitaktischen Erfordernissen. Für die Zusammenlegung von Kriminaldirektionen und -inspektionen. Empfehlung zur Einführung moderner Führungsinstrumente

**■ Ausstattung und Technik**

**SPD:** Ausbau der ED-Ausstattung und Spurensicherung. Zusätzliche Wissenschaftler und optimiertes Labormanagement beim LKA. Künftig Beschaffungsschwerpunkt bei biometrischer Technologie. Fahrzeugleasing und Polizeiwerkstätten bleiben. Netzaufbau Digitalfunk soll 2007 beginnen. Ab 2008 kommt neue Uniform. Keine Auflösung der Bekleidungslieferstellen. Austausch Schutzwesten im Jahre 2007 abschließen. Neue Überziehschutzwesten werden geprüft.

**CDU:** Zusätzliche Mittel für ED und Spurenbearbeitung. Keine Strukturveränderung für Fuhrpark und Werkstätten geplant. Kritik an verzögerter Einführung Digitalfunk. Reservierte Haltung zur Einführung der neuen Uniform. Keine Auflösung der Bekleidungsstellen geplant. Schneller Austausch der Schutzwesten.

**Grüne:** Mehr Investitionen in technische Ausstattung der Polizei. Aus Rücksicht auf Datenschutz keine Befürwortung des Ausbaus der DNA-Technik. Fahrzeugleasing und Werkstätten sollen bleiben. Hohe Priorität für Einführung Digitalfunk. Neue Uniform ist Fehlinvestition. Keine Auflösung Bekleidungsstellen geplant. Schnelle Beschaffung von Schutzwesten.

**FDP:** Ausbau der DNA-Analysetechnik und weitere Investitionen in Kriminaltechnik werden unterstützt. Ebenso Ausbau der Datennetze und die Beschaffung moderner IT-Technik. Leasing von Fahrzeugen nur bei höherer Wirtschaftlichkeit dem Kauf vorzuziehen.



## Länder wollen Kompetenzen

Die geplante Übertragung der Regelungskompetenz im Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht auf die Länder bringt Probleme. Das sieht auch die Mainzer Regierung so. Sie befürchtet, dass es zu unterschiedlichen Bezahlsstrukturen mit nachteiligem Effekt für die „fi-

nanzschwächeren Länder“ kommt. Ministerpräsident Kurt Beck hat deshalb nochmals das Gespräch mit seinen Kollegen in den Ländern gesucht, um Spielraum für eine Veränderung der Koalitionsvereinbarungen im Bund in diesem Punkt auszuloten. Mit negativem Ergebnis,

denn eine Reihe von Ländern lehnt jede Änderung strikt ab. Es ist damit zu rechnen, dass im Bundestag und Bundesrat das Verfahren zur Änderung des Grundgesetzes (u. a. Erweiterung Art. 33 GG) im Sommer beginnt.

TW

### GdP VOR ORT: ASBACH IST BALD ÜBERALL

## Bezirksdienste gehen online

„Die GdP-Gremien und Mandatsträger sollen sich dafür einsetzen, dass die Bildschirm-Arbeitsplätze der außerhalb der Dienststellen untergebrachten Bezirksbeamten an das Datennetz der Polizei angeschlossen werden. Mit dieser Maßnahme würde die Sachbearbeitung erheblich rationalisiert und die Präsenz der Bezirksbeamten deutlich erhöht.“

So lautete ein Beschluss der Mitgliederversammlung der GdP-Kreisgruppe Neuwied/Altenkirchen am 19. 1. 2004. Insbesondere am Beispiel der Verbandsgemeinde Asbach konnten GdP-Vertreter in der Folge immer wieder deutlich machen, welch großes Effizienzpotenzial eine solche Maßnahme beinhalten würde. Kein Wunder also, dass die guten Argumente auch anderswo vorgetragen wurden und den Innenminister überzeugt haben. Im Verlauf des Jahres 2006 sollen 58 ausgelagerte Bezirksdienste über eine so genannte „sichere Einwahllösung“ an das Datennetz der Polizei angeschlossen werden. „Wir bemühen uns seit fast vier Jahren, um eine Verbesserung der Situation. Jetzt sind wir fast wunschlos glücklich“, meinte denn auch der Kollege Sigggi Vogt vom Bezirksdienst in Asbach, wo wegen des ungünstigen Weg-Zeit-Verhältnisses zur PI Straßenhaus auch der Jugend-

sachbearbeiter Werner Buslei vor Ort eingesetzt ist. „Vieles wurde in der Zeit, in der wir an den

Es gebe dabei keine vorgefasste Reihenfolge, man arbeite die Liste so ab, wie die technischen



**KG-Vors. Bernd Becker besucht die Koll. Sigggi Vogt und Werner Buslei (v. l. n. r.) in ihren seit Dezember vernetzten Büros bei der VGV Asbach. Buslei: „Das ist eine riesige Arbeitserleichterung, auch wenn die Maschine etwas langsamer ist als auf der Dienststelle.“**

Arbeitsplatz auf der Dienststelle gefesselt waren, einfach nicht mehr angezeigt und viele Informationen gingen verloren“, betonen die beiden „Gendarmen“ von Asbach.

Der SB 21 des PP Koblenz will zur Umsetzung des landesweiten Programms im Gegenwert von 200 000 Euro noch in diesem Jahr insgesamt 20 ausgelagerte Bezirksdienste „ans Netz bringen“, erklärt der Kollege Wolfgang Meeß, Leiter des Stabsbereichs 2.

Voraussetzungen zu schaffen seien. Bis Ostern sollen 10 Bezirksbeamte von ihren Büros aus alle polizeilichen DV-Anwendungen nutzen können. Für die anderen Präsidien gelten diese Feststellungen analog, denn: Asbach ist bald überall.

GdP-Vorsitzender Ernst Scharbach: „Mit dieser Maßnahme werden gleichermaßen Arbeitseffizienz wie Arbeitszufriedenheit gefördert. Das ist wohl investiertes Geld.“ **BB**

### KURZ & KNACKIG

#### ■ Bewährungszeit

Bewährungszeiten nach § 23a BAT werden auch dann angerechnet, wenn infolge Elternzeit oder sonstiger Beurlaubung zur Kinderbetreuung eine Unterbrechung von mehr als fünf Jahren eintritt. Auf Initiative der GdP hat Ministerpräsident Kurt Beck eine entsprechende Anwendung der Bestimmungen zugesagt. Betroffene Kolleginnen und Kollegen können jetzt Anträge bei ihrer Dienststelle stellen, um Ansprüche für den Bewährungsaufstieg oder eine Bewährungszulage geltend zu machen.

#### ■ Kripo-Forum

Wesentliches Element zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus in Europa ist die flächendeckende, vernetzte und systematisierte Erkenntnisgewinnung. Hessen will deshalb seine Polizistinnen und Polizisten entsprechend informieren und sensibilisieren. „Das ist auch für Rheinland-Pfalz der richtige Weg“, betont GdP-Experte Bernd Becker.

#### ■ Fahrzeuge

Für alle K/7 sollen neue Erkennungsdienstfahrzeuge beschafft werden. Die Fahrzeugkonzeption hat das ISM jetzt abgesegnet. Neue Einsatzfahrzeuge für die Autobahnpolizei fordern unsere Kolleginnen und Kollegen der PAsT Gau-Bickelheim. Gut wären der VW-Sharan oder ein VW-Bus.

#### ■ POG vor Gericht

Ein Rechtsanwalt klagt vor dem Landesverfassungsgericht gegen das neue POG. Das Abhören von Gesprächen in der Wohnung sei zu weit gefasst.

SCHREIBKRÄFTE

# Mehr Geld durch neue Eingruppierung

**Der monatelange Aufwand der GdP hat sich gelohnt: In den nächsten Wochen werden viele Kolleginnen und Kollegen, die bisher nach dem Tarifvertrag Schreibkräfte eingruppiert waren, durch Umgruppierung besser gestellt.**

Annemarie Grindel und Margarethe Relet vom GdP-Landesvorstand hatten gemeinsam mit den Angestelltenvertretern der Gesamtpersonalräte nach langen Vorbereitungen Anfang letzten Jahres die Initiative „Eingruppierung der Schreibkräfte“ im ISM vorgetragen. Ziel der Initiative ist es, bei vielen Kolleginnen und Kollegen durch Umgruppierung

ISM vorgelegt. Daraus ergibt sich, dass entsprechend der GdP-Forderung ein Großteil der bisherigen Schreibkräfte zukünftig tarifgerecht als Sachbearbeiter/innen vergütet wird.

Die von der AG vorgenommene Bewertung der Tätigkeiten ergab, dass in den meisten Fällen eine Eingruppierung in der Vergütungsgruppe VII BAT

Bewährungsaufstiege stehen künftig für diejenigen an, die die Bewährungszeiten jetzt noch nicht erfüllt haben.

Auch wenn sich das Ergebnis für einige „ältere“ Kolleginnen oder Kollegen, die bisher Zulagen nach dem Schreibkräfte-Tarifvertrag erhielten, finanziell nicht positiv auswirkt, ist ihre Ausgangslage für die Zukunft besser

erbringende Bewährungszeit von zwölf Jahren auf die für Sachbearbeiter geltende Bewährungszeit von sechs bzw. neun Jahren reduziert. Bei Stellenbesetzungen oder Neueinstellungen liegen die erforderlichen tariflichen Voraussetzungen (Stellenbeschreibung und -bewertung) nun landesweit vor.

Generell gilt: Bei einer Übernahme des neuen Tarifvertrages öffentlicher Dienst (TVöD) ist die Ausgangsposition für unsere Angestellten mit einer tarifgerechten Eingruppierung bei der Überführung in die neue Entgelttabelle wesentlich besser.

Für die GdP ist dies ein großer Erfolg. Positiv war auf jeden Fall auch die gute Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der zuständigen Abteilung im ISM und den Personalsachbearbeitern, die einen enormen Arbeits- und Zeitaufwand für diese landesweite Aktion aufgebracht haben.

MR



Madelein Mentges (links) und Ursula Tendency von der PI Westerbürg freuen sich über den Erfolg!

von der bisherigen Eingruppierung nach dem Tarifvertrag für Schreib- und Fernschreibkräfte zu einer Eingruppierung als Sachbearbeiter/in nach dem Allgemeinen Teil der Vergütungsordnung des BAT zu kommen.

Im Personalreferat der Polizei im ISM fanden die GdP-Pläne Anerkennung. Eine AG der zuständigen Personalsachbearbeiter der Präsidien wurde mit Detailerhebungen beauftragt und hat jetzt das Arbeitsergebnis dem

(Fallgruppe 1a oder 1b) erfolgt. Aus dieser Vergütungsgruppe VII BAT ist ein Bewährungsaufstieg nach sechs oder neun Jahren möglich. Vorteil bei der Umstellung der Verträge: Bei den bisherigen „Schreibkräften“ werden bereits zurückgelegte Bewährungszeiten angerechnet. Das Ergebnis der landesweiten Überprüfung führt dazu, dass nun ein großer Teil der Betroffenen rückwirkend ab dem Stichtag 1.7.2005 in die Vergütungsgruppe VI b BAT aufsteigen kann. Weitere

geregelt. Schließlich ist mit einer modernen Ausrichtung des Tarifvertrages für Schreibkräfte kaum noch zu rechnen und die veränderte Einstufung könnte für die Überleitung in einen neuen Tarifvertrag wichtig sein.

Für diejenigen Beschäftigten im Bereich der Schreib- und Fernschreibkräfte, die bisher keine Zulagen erhalten, wirkt sich die Eingruppierung in die Vergütungsgruppe VI b BAT finanziell sofort positiv aus. Außerdem wird die für die Schreibkräfte zu

Anzeigen

## Urlaubsreif?

Günstiger verreisen mit

### PSW-Reisen

Rheinland-Pfalz GmbH

01801 PSW Reisen\*

oder

0 61 31 – 9 60 09 23

\*zum Ortstarif

## Neues Auto?

Günstige Konditionen

beim

### Polizeisozialwerk

Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 – 9 60 09 31



# Altersgrenze für F III angehoben

Die **Dienstportrichtlinie** soll überarbeitet werden. Der HPRP stimmte dem Fragebogen zur geübten Praxis in den Dienststellen zu.

Das ISM hat die Beurteilungsübersichten aus Anlass der Bewerbung zur **ASA** ausgewertet. Die Quotierungen wurden landesweit eingehalten, Abweichungen zwischen Frauen und Männern wurden nicht festgestellt. Das Zulassungsverfahren kann somit starten.

In Absprache mit dem Finanzministerium hat das ISM den Präsidien **Höhergruppierungen** in die BATVIb genehmigt. Die jahrelangen und hartnäckigen Anstrengungen der Tarifvertreter im HPRP und vor Ort finden damit ihren krönenden Ab-

schluss. Die Kolleginnen und Kollegen können nun tarifgerecht eingruppiert werden – wichtig insbesondere vor dem Hintergrund des von den Gewerkschaften im Land angestrebten TVöD und der anstehenden Überleitungen in die neuen Entgeltgruppen.

Auf Anregung von Koll. **Helmut Knerr** wird sich der HPRP beim ISM für ein Notfallkonzept bei einer Ausbreitung der **Vogelgrippe** verwenden.

Koll. **Thomas Ebling** erläuterte dem HPRP die neue Richtlinie über die Aufnahme von **Ver-**

**sung zur F III** wurde auf 45 Lebensjahre angehoben. Aktuell können sich PolizistInnen bewerben, die vor dem 1. Oktober 1962 geboren sind. Die Ausschreibungsfrist wurde auf den 11. März 2006 verlängert.

Der HPRP stimmte der Veränderung der Öffnungszeiten der **Bekleidungslieferstellen** zu. Sie sind künftig jeden Vormittag von 09:00 h bis 11:30 h geöffnet. Nachmittags nur Montags, Dienstags und Donnerstags von 13:30 h bis 15:00 h. Das Ministerium weist darauf hin, dass der Besuch der Kleiderkammern die Ausnahme, die Bestellung per Webshop aber die Regel sein sollte.

**Dieter Kronauer (Arbeiter)**  
**Margarethe Relet (Angestellte)**  
**Ernst Scharbach (Beamte)**

**kehrsunfällen (RiLiVUA)**. Die Anregungen des HPRP wurden eingearbeitet.

Die Altersgrenze für die **Zulas-**

Anzeige

**Vorsorge-Check-up. Jetzt nicht nur beim Arzt!**

**Ihren Gesundheitszustand lassen Sie regelmäßig bei Ihrem Hausarzt checken. Wie sieht es aber mit Ihrer persönlichen Absicherung und Vorsorge aus, lassen Sie die auch von Zeit zu Zeit "untersuchen"?**

Die PVAG bietet jetzt diesen Service unverbindlich und kostenfrei für alle GdP-Mitglieder an. Beim GdP Vorsorge-Check-Up überprüfen wir Ihre gesamte Versorgungssituation.

**Ihr Vorteil:** Beiträge und Steuern sparen, staatliche Förderungen nutzen aber auch Leistungslücken schließen.

Fordern Sie noch heute Ihren persönlichen kostenfreien Vorsorge-Check-Up an!  
Senden Sie uns unter dem Stichwort „GdP Check-Up“ Adresse und Telefonnummer, unter der wir Sie erreichen können.

**PVAG**

Ein Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA Gruppe ● Landesdirektion Frankfurt ● DBV ÖD Stefan Frey ● Rossmarkt 10 ● 60311 Frankfurt  
Telefax (0 69) 29 85 -4 44 oder E-Mail: stefan.frey@signal-iduna.de ● Stichwort: GdP Check-Up

## GdP-Gruppenreisen

### 30. September bis 06. Oktober 2006: Kanaren und Madeira

Reiseverlauf:	Land/Insel	Hafen	Ankunft	Abfahrt
Samstag, 30.09.06	Spanien/Teneriffa	<u>Santa Cruz</u>	–	20:00 Uhr
Sonntag, 01.10.06	Portugal/Madeira	<u>Funchal</u>	13:00 Uhr	–
Montag, 02.10.06	Portugal/Madeira	<u>Funchal</u>	–	17:00 Uhr
Dienstag, 03.10.06	Spanien/La Palma	<u>Santa Cruz</u>	08:00 Uhr	18:00 Uhr
Mittwoch, 04.10.06	Spanien/Fuerteventura	<u>Puerto del Rosario</u>	08:00 Uhr	20:00 Uhr
Donnerstag, 05.10.06	Spanien/Lanzarote	<u>Arrecife</u>	00:00 Uhr	20:00 Uhr
Freitag, 06.10.06	Spanien/Gran Canaria	<u>Las Palmas</u>	08:00 Uhr	20:00 Uhr
Samstag, 07.10.06	Spanien/Teneriffa	<u>Santa Cruz</u>	01:00 Uhr	–

Änderungen der Termine, Routen und Liegezeiten vorbehalten.

Die Preise (pro Person) bei Belegung mit 2 Erw.:

C - Innenkabine (4)	1.290,00 €
Außenkabine mit eingeschränkter Sicht	1.380,00 €
Außenkabine (4)	1.475,00 €

beinhalten Flug, Essen und alle Tischgetränke.

Die in Klammern genannte Zahl gibt die maximale Personenbelegung an. Bei Mehrbelegung Preise erfragen.  
Wer schnell bucht, hat den Vorteil auf bereits reservierte C-Innenkabinen.

### 15. bis 29. Oktober 2006: Andalusien / Spanien & Algarve / Portugal

1. Tag: Anreise von Flughafen (\*) mit Reiseziel Faro/Portugal nach Armacao de Pera, ein Badeort in der Nähe von Albufeira, in das Hotel Vila Galé Nautico (4 \* Hotel).
2. Tag: Informationsgespräch und Rundgang im Hotel. Spaziergang mit RL im Ort Alcantarilha, Besuch der Kapelle Senhora da Rocha
3. Tag: Ausflug in die Provinzhauptstadt Faro und Stadtbesichtigung mit RL. Besuch der Kachelkapelle Sant Lorenz in Almansil. Danach das Algarve-Hinterland über Olhao, Santa Luzia (Krakenfang) und Tavira.
4. Tag: Freier Tag zum Baden und anderen Wünschen
5. Tag: Halbtagesausflug nach Monchique, Foiaipfel mit 900 m Höhe und Silves, die alte maurische Hauptstadt der Algarve
6. Tag: Tagesausflug zur Hafenstadt Lagos, dem Ausgangspunkt der Entdeckungsgeschichte mit bizarrer Felsenküste und Denkmal Heinrichs des Seefahrers. Über Sagres bis Kap Sant Vincent: südwestlichster Punkt Europas mit dem stärksten Leuchtturm Europas.
7. Tag: Freier Tag für Ihr persönliches Programm
8. Tag: Tagesausflug: eine Bootsfahrt auf dem Grenzfluss Guadiana, Mittags Sardinen-Essen mit Musik, Tanz und guter Laune an Land in Foz de Odeleite
9. Tag: Tagesausflug nach Sevilla. Erleben Sie die Hauptstadt Andalusiens mit Stadtrundfahrt durch den Park Maria Luisa, Besuch des Doms, Alcazar Palast und Rundgang im Judenviertel
10. Tag: Ausflug Loulé: Einkaufen auf dem Zigeunermarkt oder im alten, städtischen Markt. Rückkehr über die typischen, weissen Dörfer wie Salir und Alte. Nachmittags Spaziergang in Albufeira: dem kleinen St. Tropez der Algarve
11. Tag: Freier Tag zur eigenen Gestaltung
12. Tag: Tagesausflug nach Lissabon, Portugals Hauptstadt der Entdeckungsgeschichte, der Mauren und der Christen, Welthafen am FlußTejo. Besuch des Jeronimus-Klosters und der St. Georgs-Burg. Mittagspause in der Baixa Pombalina im Zentrum
13. Tag: Tag zur freien Verfügung.
14. Tag: Abreisetag. Transfer Flughafen Faro und Rückflug nach Frankfurt

Angebot bis 31. Juli 2006: € 995,- pro Person im DZ // EZ-Zuschlag: 99,-  
Preise ab 1. August: € 1.145,- pro Person im DZ // EZ-Zuschlag: 99,-

Im Preis inbegriffen: (Mindestteilnehmer : 30 Pax )

- \* Flug mit Air Berlin ab Flughafen (\*) – Faro/Algarve - Flughafen (\*)
- \* Transfer Flughafen Faro – Hotel – Flughafen,
- \* 14 Tage Übernachtung mit Halbpension,
- \* alle Ausflüge mit Reiseleiterin ab/bis Hotel,
- Reisebegleitung ab/bis Deutschland,
- 

**(\*) Flüge ab : Frankfurt, Stuttgart, Hamburg, Munster und München**



**PSW-Reisen Rheinland-Pfalz GmbH**  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz

Tel.: 06131 96009 23  
Fax: 06131 96009 22  
[psw-reisen-rp@gdp-online.de](mailto:psw-reisen-rp@gdp-online.de)

Mo bis Do, 10:00 - 17:00 Uhr,  
Freitags 09:00 - 14:00 Uhr



# Mitgliederversammlungen und Ehrungen

**Karl Kauf konnte, zusammen mit dem Landesvorsitzenden Ernst Scharbach, anlässlich der diesjährigen Mitgliederversammlung der Kreisgruppe PP Westpfalz viele Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft in der GdP vornehmen. Unser Bild zeigt einige der Jubilare:**



v. l. n. r.: Uwe Leitheiser (25 Jahre), Karl Kauf, Wolfgang Denzer (25 Jahre), Manfred Müller (40 Jahre), Ludwig Weinmann (25 Jahre), Dieter Luschnat (25 Jahre), Ernst Scharbach.

## Kreisgruppe PP/PD Koblenz

Die KG PP/PD Koblenz ehrt langjährige Mitglieder am **Mittwoch, den 29. März 2006 ab 13:30 Uhr** im kleinen Nebenraum der Kantine des Polizeipräsidiums. Um **15:00 Uhr** beginnt im großen Nebenraum der Kantine die diesjährige **Mitgliederversammlung**. Neben dem Bericht des Vorstandes ist eine Diskussion zu den aktuellen Plänen für die Reform des Personalrechtes der Beamten und Tarifbeschäftigten geplant. Alle Mitglieder der GdP, insbesondere die Seniorinnen und Senioren, sind herzlich zu der Veranstaltung eingeladen.

## INTERNATIONALER FRAUENTAG

# Grußworte

Liebe Kolleginnen bei der Polizei in Rheinland-Pfalz! Was ist eigentlich der Internationale Frauentag und vor allem, was bezweckt er eigentlich?

Zum ersten Frauentag 1911 kamen in Dänemark, Schweden, Schweiz, Österreich, USA und Deutschland Frauen zu Demonstrationen zusammen. Anlass war damals der Kampf für das Wahlrecht der Frauen. Dies ist nun heute doch eher selbstverständlich. Doch gibt es immer noch zahlreiche andere Baustellen, wo es sich lohnt zu kämpfen. Beispielsweise ist „Frau“ nur mit 7% in politischen Entscheidungsgruppen

und nur 3% in Führungsfunktionen vertreten. Im Schnitt verdienen Frauen ein Drittel weniger als ihre Kollegen. Sexuelle Gewalt in der Ehe ist erst seit den 90er Jahren in der Bundesrepublik strafbar geworden.

Innerhalb unseres Bereichs liegen uns eine Verbesserung der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** am Herzen, umzusetzen u. a. durch das Audit der Hertie-Stiftung, aber auch durch das Teilen von Führungsfunktionen für Teilzeitkräfte sowie die Anerkennung von Ausfallzeiten infolge Kindererziehung oder die Anrechnung von Bewährungszeiten der

Tarifbeschäftigten, bei denen der Frauenanteil ja dominiert.

Weiter möchte ich auf die verschiedenen Aktionen unserer GdP-Kreisgruppen am 8. März hinweisen. Ferner wird es in der Mainzer Innenstadt zu einer Aktion unter dem Motto „Wo drückt der Schuh?“ in der Fußgängerzone Nähe Kaufhof gegen 16:00 Uhr kommen. Veranstalter ist der DGB. In Neuwied gibt es

am 8. März eine Vortragsreihe zum Thema „Intervention ist möglich“, die um das Thema Gewalt in engen sozialen Beziehungen angesiedelt ist. Sie ist mit einer interessanten Ausstellung gekoppelt, die bis zum 20. März geht (Infos auf der DGB-Homepage).

Ich wünsche euch einen engagierten und bewussten Internationalen Frauentag am 8. März.

*Eure Stefanie Krahfors*

## RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Erwin Heinrich Dentgen, KG PD Mayen  
Harald Finkler, KG PD Trier,

Rainer Lehnertz, KG PD Wittlich  
Helmut Schott, KG PD Trier  
Petra Wolf, KG PP Westpfalz

## WIR TRAUERN UM

Rudolf Volkemer, 81 Jahre, KG PD Pirmasens  
Willi Schütz, 76 Jahre, und Ehefrau  
Rosa Schütz, 77 Jahre, KG PD Mayen  
Wolfgang Köhne, 77 Jahre, KG Südpfalz  
Friedrich Neiser, 80 Jahre, KG PP/PD Koblenz

**Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.**